

Antrag der Fraktion der CDU

Kita-Gebühren für die Streikzeit zeitnah und unbürokratisch zurückzahlen!

Vom 11. Mai bis 7. Juni 2015 streikte für 28 Tage ein Großteil der etwa 1 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den 80 Einrichtungen des städtischen Trägers KiTa Bremen für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Insgesamt bedeutete die Schließung der meisten Einrichtungen für viele der rund 8 350 Kinder und ihre Eltern eine absolute Notsituation: Es musste eigenständig eine Betreuung der Kinder organisiert werden, Urlaub wurde geopfert und der gute Wille vieler Arbeitgeber strapaziert. Vereinzelt kam es sogar zu Abmahnungen und Androhung von Kündigungen. Nur für 10 % der Kinder stand ein Notdienst zur Verfügung. Da in den Einrichtungen von KiTa Bremen insbesondere viele der 23 000 Alleinerziehenden und Menschen, die in schwierigen sozialen Verhältnissen leben, ihre Kinder untergebracht haben, waren sie vom Streik und seinen Folgen auch besonders betroffen.

Für viele der Eltern bedeutete der Streik allerdings auch zusätzliche Kosten, die durch eine alternative Betreuung entstanden sind. Gleichzeitig wurden die entsprechenden Kindergartenbeiträge für 28 Tage, an denen die Einrichtungen de facto nicht zur Verfügung standen, weiterverlangt, obwohl es bei KiTa Bremen zu streikbedingten Personalminderausgaben von etwa 2,8 Mio. € kam. Die Eltern bezahlten also für eine Leistung, die sie nie erhalten haben. Vor diesem Hintergrund ist eine schnelle und unbürokratische Rückzahlung der Elternbeiträge für die Zeit des Streiks, wie andere Kommunen es vormachen, dringend angezeigt. So können viele Eltern zumindest einen Teil ihrer Zusatzaufwendungen zurückbekommen und erhalten zumindest einen finanziellen Ausgleich für ihre Notsituation. Die geplante Rückzahlung mit einer Antragungspflicht der Eltern zu verbinden benachteiligt insbesondere Familien in schwierigen sozialen Verhältnissen, Menschen mit Migrationshintergrund und mit sprachlichen Barrieren. Die geplante Verwendung der eingesparten Personalmittel für den Kita-Ausbau oder andere Maßnahmen im Haushalt der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ist abzulehnen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf:

1. Allen vom Streik betroffenen Eltern für 28 Streiktage die Elternbeiträge bis spätestens Ende des Jahres 2015 ohne Antragsstellung zurückzuerstatten.
2. Die Beitragsordnung bis Ende des Jahres 2015 so zu überarbeiten, dass im Fall zukünftiger Streiks Elternbeiträge automatisch ab dem ersten Streiktag zurückerstattet werden.
3. Mögliche verbleibende eingesparte Personalmittel ausschließlich zur Finanzierung zusätzlicher Angebote bei KiTa Bremen zu verwenden und sie nicht zur Deckung von Regelaufgaben im Sozialhaushalt auszugeben.

Sandra Ahrens, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU